

Der Putsch von Valmiera am 21. Januar 1927: Zur lokalen und allgemeinen Einordnung des Geschehens

VON ULDIS KRĒSLIŅŠ

Am 21. Januar 1927 wurde die lettische Öffentlichkeit von der Nachricht eines „faschistischen Umsturzes“ in Valmiera erschüttert, einer Stadt, die etwa 100 km nordöstlich von Riga liegt. Die Ereignisse in Valmiera wurden in den folgenden Tagen zum wichtigsten Thema in allen Zeitungen und wurden allgemein verurteilt. Nachdem aber die Umstände dieses „Umsturzes“ geklärt waren, kristallisierten sich schon bald unterschiedliche Meinungen und Bewertungen in der Gesellschaft heraus. Was war in Valmiera eigentlich passiert?

Aus den Untersuchungsunterlagen ging hervor, dass die Ereignisse am Vorabend des 21. Januar im Händler- und Industriellenklub von Valmiera mit einem geselligen Umtrunk begonnen hatten. Neben zwei Offizieren eines Infanterieregiments nahmen auch andere Klubbesucher daran teil. Einige von ihnen äußerten im Gespräch ihre Ansichten über die Zustände in der Armee und zweifelten die Bereitschaft der Soldaten an, den Befehlen der Offiziere Folge zu leisten. Daraufhin soll einer der anwesenden Offiziere, der 26-jährige Leutnant Edgars Oliņš, erwidert haben, dass man seinen Soldaten keinen Mangel an Disziplin vorwerfen könne. Der Umtrunk und seine hitzigen Diskussionen endeten erst nach Mitternacht. Nachdem Oliņš in die Unterkunft seiner Einheit zurückgekommen war, alarmierte er kurzerhand die Soldaten zweier Kompanien und händigte ihnen Waffen aus – dann führte er sie in die Stadt. Nach späteren Angaben von Kriegsminister General Rūdolfs Bangerskis handelte es sich dabei um einen Trupp von 30 bis 40 Soldaten. Aus späteren Zeugenaussagen der Soldaten wird deutlich, dass ihnen erst im Nachhinein klar geworden ist, dass dieser „Alarm“ in Verbindung mit einem Putsch stand. Kaum hatte Oliņš eine Kompanie mit konkreten Anweisungen, wo was zu besetzen sei, losgeschickt, machte er sich selbst schon mit der zweiten Kompanie auf den Weg. Beim Verlassen der Unterkunft löste sich aber bei einem der Soldaten zufällig ein Schuss, der andere Offiziere weckte, die, als sie die sich eilig entfernenden bewaffneten Soldaten sahen, den Vorfall sofort ihrem Bataillonskommandeur meldeten. Da Oliņš' Männer einen Vorsprung hatten, gelang es ihnen jedoch, den Bahnhof, einige städtische Behörden, das Postamt sowie die Telefon-

und Telegrafenzentrale zu besetzen. Von hier schickten die Putschisten ein Telegramm an die Garnison in Cēsis mit dem Aufruf, sich dem Umsturz anzuschließen. Oliņš selbst informierte seinen Vorgesetzten, den Bataillonskommandeur Oberstleutnant Mārtiņš Kasparsons, über das Geschehen. Nach kurzer Zeit erreichte Kasparsons die Telegrafenzentrale und entwaffnete und verhaftete Oliņš ohne viel Federlesens. Auf seinen Befehl wurden die Soldaten der beiden Kompanien schon nach einer halben Stunde gegen sechs Uhr morgens in die Kasernen zurückgeführt. Sowohl die Berichte der Presse als auch der Befehl von Kriegsminister Bangerskis vom 22. Januar stellten fest, alles sei derartig eilig und ruhig verlaufen, dass „die meisten Einwohner von Valmiera von diesem Ereignis erst erfuhren, als aus Riga eine Untersuchungskommission eintraf und die Zeitungen erschienen“.¹ Damit war die militärische Seite des „Umsturzes“ beendet, ungeklärt blieb jedoch die politische Seite.

I

Um die Bedeutung der Ereignisse in Valmiera für das innenpolitische Leben Lettlands und die öffentlichen Reaktionen darauf zu verstehen, ist es notwendig, zwei Umstände zu berücksichtigen, in deren Kontext die allgemeine politische Situation verständlicher wird. Zum einen hatte sich in der Nacht vom 16. auf den 17. Dezember 1926 in Litauen ein rechter Umsturz ereignet, der die Lage auch in Lettland verschärfte. Nationalradikale lettische Kreise, die im Klub der Lettischen Nationalisten² vereinigt waren, verhehlten kaum ihre Sympathie für die Vorgänge in Litauen und sandten sofort nach diesen Ereignissen ein Glückwunschtelegramm an die Anführer des Umsturzes.³ Der größere Teil der Gesellschaft, insbesondere aber linke politische Kreise, sahen hierin jedoch eine Gefahr, da der Umsturz in Litauen vergleichbaren politischen Kräften im eigenen Land als Vorbild und eventuell auch als Katalysator dienen könnte.⁴ Den

¹ Kara ministra pavēle Nr. 2 [Befehl des Kriegsministers Nr. 2], in: Valdības Vēstnesis [Regierungsbote], 24. Januar 1927, S. 3f.

² Der „Latvju Nacionālistu klubs“ (Klub der lettischen Nationalisten) war die Nachfolgeorganisation des im Februar 1925 verbotenen „Latvju Nacionālais klubs“ (Lettischer Nationalklub). Beide Organisationen traten für eine führende Position der Letten im politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes ein und verstanden sich als Organisationen eines „aktiven Nationalismus“. Ausführlich zu diesem Thema ULDIS KRĒSLIS: *Aktīvais nacionālisms Latvijā: 1922–1934* [Der aktive Nationalismus in Lettland: 1922–1934], Riga 2005, S. 319.

³ Izšķiries! [Entscheide Dich!], 23. Dezember 1926, S. 1.

⁴ Kārlis Ozols, der Botschafter Lettlands in der UdSSR, schrieb am 20. Dezember in einer vertraulichen Mitteilung an den Außenminister Fēlikss Cielēns: „Ein Botschafter ist darüber informiert, dass man auch bei uns einen Umsturz wünscht bzw. beabsichtigt, was ich kategorisch abgelehnt habe“. Lettisches Historisches Staatsarchiv (*Latvijas Valsts vēstures arhīvs*, Riga, künftig LVVA) Bestand 2570, Findbuch 5, Akte 5: Chiffrogramme, 1926/27, Bl. 36.

zweiten und gewiss nicht minder wichtigen Umstand stellt die erstmalige und im Laufe der parlamentarischen Periode Lettlands auch einzige politische Machtübernahme durch eine linke Regierung unter Mārgers Skujenieks am 17. Dezember 1926 dar. Die Regierungserklärung des neuen Ministerkabinetts sah unter anderem Maßnahmen gegen lettische „faschistische“ Organisationen und „undemokratische“ Beamte vor. Die politischen Prinzipien der linken Regierung ließen deutlich werden, dass ihre Machtübernahme einen kardinalen Wechsel gegenüber den politischen Maximen und Praktiken der bisherigen Regierungen bedeutete. Diese beiden Umstände verschärfte die Beziehungen zwischen linken und bürgerlichen Kreisen. In der Presse kam dies in gegenseitigen Vorwürfen und Verleumdungen zum Ausdruck. Und genau in dieser Situation kam die Nachricht über den Umsturzversuch in Valmiera.

Obwohl die Positionen der Abgeordneten der Saeima sowie der Minister in Bezug auf den Vorfall keineswegs einhellig waren, reagierte die Regierung Skujenieks mit einiger Konsequenz. Auf Druck der linken Sozialdemokraten nahm man Oļiņš' Putschversuch zum Vorwand, schon am 4. Februar im Parlament ein Gesetz über die Einführung von Feldgerichten bei besonders gefährlichen Verbrechen zu verabschieden. Gleichzeitig wurden mehrere Militärs entlassen – darunter der Kommandeur des in Valmiera stationierten Infanterieregiments Oberst Jānis Vītols und der Stabschef der lettischen Armee General Eduards Aire. Auch die Hauptorganisation der lettischen „Faschisten“, der Klub der lettischen Nationalisten, wurde geschlossen.

Soweit zum Umsturz und seinen unmittelbaren politischen Folgen. Aber jenseits der als „Umsturz“ etikettierten Aktion eines betrunkenen Leutnants bleibt die Frage: Was war denn im Januar 1927 wirklich in Valmiera geschehen? Diese Frage ergab sich sofort im Anschluss an die Ereignisse, da nicht nur ihr Ablauf reichlich merkwürdig schien, sondern auch das Missverhältnis zwischen ihrer faktischen Bedeutung und der politischen Reaktion darauf allzu auffallend und offensichtlich war.

Die unterschiedlichen Darstellungen in der Presse konzentrierten sich im wesentlichen auf drei Versionen der Ereignisse. Die erste Version, die während der Regierungszeit der linken Regierung einen halb-offiziellen Anstrich bekam, stammte von den linken Sozialdemokraten und aus ihrem offiziellen Organ, dem „Socialdemokrats“ (Der Sozialdemokrat). Sie gingen von einem gut vorbereiteten und breit verzweigten „faschistischen“ Putsch aus. Ihr Hauptargument wurde am 22. Januar in einem halboffiziellen Artikel der Partei unter der Überschrift „Lasst uns wachsam sein!“ vorgebracht und lautete folgendermaßen: „Wir glauben nicht, dass die Putschisten von Valmiera ihren Aufstand auf eigene Faust begonnen haben“.⁵ Die Sozialdemokraten waren die Einzigen, die –

⁵ Būsim modri! [Lasst uns wachsam sein!], in: Socialdemokrats [Der Sozialdemokrat], 22. Januar 1927, S. 1.

wenigstens in der Öffentlichkeit – die Ereignisse in Valmiera als unzweifelhaft ernst gemeinten Putschversuch betrachteten und dabei etwas nebulös betonten, es gebe „Hinweise“, die von einer direkten Verbindung zwischen dem Putsch und „weitergehenden Absichten“ zeugten, die „aus verschiedenen Gründen gescheitert“ seien.⁶

Als theoretische Konstruktion und durchaus nicht unwahrscheinliche Version mochte man diese Interpretation des Umsturzes akzeptieren. Sie verdankte ihre Plausibilität zudem der Attraktivität der linken Faschismustheorie, die den Allgemeincharakter des Faschismus bestätigte und erlaubte, auch Lettland zu den Staaten zu rechnen, in denen ein „hausgemachter faschistischer Umsturz“ misslungen sei. In der Praxis fehlte es dieser Interpretation der Ereignisse von Valmiera als „faschistischer Umsturz“ jedoch nicht nur an überzeugenden Beweisen, sondern sie war in erster Linie ein Kunstprodukt im Kontext der innenpolitischen Entwicklung in Lettland.⁷ Das Hauptargument gegen diese Version stellte dann auch die Frage dar, welche Kräfte in der damaligen Situation überhaupt einen ernst gemeinten „faschistischen“ Umsturz hätten durchführen können. Die größte Organisation, die den linken Sozialdemokraten als „faschistisch“ galt – der „Klub der lettischen Nationalisten“ – war zu jenem Zeitpunkt gespalten und besaß aufgrund seiner Verfolgung durch die Regierung kaum Möglichkeiten und Ressourcen zur Durchführung eines Umsturzes. Was die Ressourcen betraf, lag es näher, die möglichen Organisatoren des Umsturzes in höheren Offizierskreisen zu suchen. Diese Vermutung schien nicht abwegig zu sein, da der Oberbefehlshaber der lettischen Armee, General Pēteris Radziņš, der ehemalige Kommandeur der Kurland-Division Oberst Krišs Ķukis und weitere Offiziere ihre Sympathien für die Ziele des „Klubs der lettischen Nationalisten“ nicht verheimlichten. Allerdings fehlten für die Version einer Offiziersverschwörung jegliche Beweise. Selbst bei einer eher pessimistischen Einschätzung der Fähigkeiten lettischer Offiziere widerspricht es dem gesunden Menschenverstand sich damit abfinden zu müssen, dass man für eine halbe Stunde einen Militärumschlag planen kann, um auf Befehl eines Bataillonkommandeurs wieder in die Kasernen zurückzukehren.

⁶ Apvērsuma mēģinājums Valmierā [Ein Umsturzversuch in Valmiera], in: ebenda.

⁷ Am deutlichsten werden die Abhängigkeit von einem linkstheoretischen Verständnis des „Faschismus“ und die Bereitschaft, reale Ereignisse und Tatsachen dieser Theorie unterzuordnen, in den Arbeiten sowjetischer Wissenschaftler. Charakteristischerweise bezeichnete einer der sowjetischen Experten für den „lettischen Faschismus“ in einer in den 1930er Jahren veröffentlichten Übersicht die Ereignisse in Valmiera als „faschistischen Putsch“ und nannte als Anführer einen „Generalleutnant Oliņš“. Dem Autor war offensichtlich klar, dass ein „Putsch“, der von einem „Leutnant“ angeführt wird, nicht ernstzunehmen war. Vgl. РОБЕРТ УЙСКА: Фашизм и социал-фашизм в современной Латвии [Faschismus und Sozialfaschismus im heutigen Lettland]. Москва-Ленинград 1932, S. 53.

Im Unterschied zur sozialdemokratischen Kampagne mit der „faschistischen Gefahr“ bewertete die Mehrheit der bürgerlichen Kreise die Ereignisse als nicht so wichtig und setzte die Bezeichnung „Umsturz“ fast sofort in Anführungszeichen. Die bürgerlichen Kreise verurteilten die Ereignisse unmissverständlich und waren sich darin einig, dass „von einem Umsturz keine Rede“ sein könne – so äußerte sich der Vorsitzende der Kreisverwaltung Valmiera, Livens.⁸ Für Kriegsminister Bangerskis war alles nur ein „Zwischenfall“,⁹ während die „Jaunākās Ziņas“ (Neueste Nachrichten) von einem „Valmieraer Abenteuer“ schrieben.¹⁰ Ihrer Meinung nach waren die Geschehnisse nichts weiter als die Tat eines geistig aus dem Gleichgewicht geratenen, betrunkenen Abenteurers. Diese Beurteilung gewann an Überzeugungskraft, nachdem am 25. Januar Hinweise auf eine schon früher bemerkte Nervenkrankheit Oliņš', wegen der er bereits zweimal Diensturlaub genommen hatte, öffentlich geworden waren. Die einzige Schuld, die bürgerliche Kreise im Falle der Valmieraer Ereignisse oberen Armeeoffizieren zuwiesen, war der Mangel an notwendiger Disziplin. So paradox es klingt, sah die Öffentlichkeit in den Vorgängen in Valmiera auch eine positive Seite und stimmte ausländischen, insbesondere deutschen Pressemitteilungen zu, dass die schnelle und entschiedene Niederschlagung des „Putsches“ von Oliņš die Unmöglichkeit eines Militärumsurzes in Lettland unterstreiche.

Die deutlich gelasseneren Einschätzung der Ereignisse in Valmiera durch die bürgerlichen Kreise, in deren Augen der „Putsch“ fast zu einer Marginalie wurde, machte es möglich, seinen merkwürdigen Verlauf und raschen Abbruch zu erklären. Indirekt wurde dies auch durch ein Gerichtsurteil bestätigt, das Oliņš als gemeingefährlich einstufte und anordnete, ihn in einer psychiatrischen Klinik unterzubringen. Andererseits ist es nicht zu leugnen, dass gerade diese Version den Interessen bürgerlicher Kreise am meisten entsprach, zumal sie die Armee und die Gesellschaft insgesamt von einer weitergehenden Verantwortung für die Zusammensetzung der Truppe und die in ihr herrschende Stimmung freisprach. Außerdem half die Bestätigung der Version vom Einzeltäter zu verhindern, dass die Vorgänge in Valmiera überregionale Bedeutung gewinnen konnten. Zweifel an der Version vom „betrunkenen Leutnant“ riefen allerdings Unstimmigkeiten in den Äußerungen von Augenzeugen hervor, die während des Gerichtsprozesses laut wurden und auch später ungeklärt blieben. Sie bezogen sich hauptsächlich auf den Grad der Betrunkenheit von Oliņš: Während einer der Offiziere, den Oliņš vor dem „Umsturz“ mit der Aufforderung geweckt hatte mitzumachen,

⁸ „Apvērsums“ Valmierā [Der „Umsturz“ in Valmiera], in: Jaunākās Ziņas [Neueste Nachrichten], 21. Januar 1927, S. 7.

⁹ Kara ministra pavēle Nr. 2 (wie Anm. 1).

¹⁰ Saeimas deputātu domas par Valmieras dēku [Überlegungen der Abgeordneten der Saeima zum Abenteuer in Valmiera], in: Jaunākās Ziņas [Neueste Nachrichten], 22. Januar 1927, S. 6.

den Eindruck hatte, der Leutnant sei nicht mehr ganz nüchtern gewesen, weshalb er dessen Aufforderung als die eines Betrunkenen angesehen hätte, wollten andere Augenzeugen den Eindruck gewonnen haben, Oliņš sei vollkommen nüchtern gewesen.

Das Hauptproblem allerdings blieb, dass die Version vom „betrunkenen Leutnant“ die Umstände unbeachtet ließ, die als Begründung für die dritte Version des „Putsches von Valmiera“ herhalten mussten: Ein Teil der rechten bürgerlichen Kreise sowie der national-radikalen Organisationen bezeichnete die Ereignisse sofort als Provokation. Als das linke Kabinett Ende 1926 an die Macht gekommen war, hatte die rechte Presse sofort den Kurs der Regierung und deren Wunsch, unerwünschte Beamte und Organisationen loszuwerden, kritisiert. Die rechte Presse sah nun in den Ereignissen von Valmiera einen weiteren Beweis für diese Absichten und begriff die Ereignisse als Provokation linker Kräfte mit dem Ziel, politische Gegner zu bekämpfen.¹¹ In gewisser Weise hatten sie sogar Recht – unter dem Aspekt der politischen Nützlichkeit profitierten gerade die linken lettischen Kräfte am meisten von den Vorgängen in Valmiera.

Aber nicht nur sie allein...

II

Merkwürdigerweise berichtete die sowjetische Zeitung „Izvestija V.C.I.K.“ (Nachrichten des Allsowjetischen Zentralen Exekutivkomitees) Anfang 1927 als erste über die Gefahr eines faschistischen Umsturzes in Lettland. Bereits am 18. Januar publizierte die Zeitung einen TASS-Bericht aus Berlin über Vorbereitungen für einen Umsturz und nannte nicht nur die Namen der Anführer der „faschistischen Bewegung“ – darunter General Radziņš und Oberst Aire sowie Oberst Ludvigs Bolšteins –, sondern auch den Zeitpunkt für das geplante Unternehmen, das zwischen dem 18. und dem 26. Januar durchgeführt werden sollte. Dass diese Nachricht kein Zufall und kein Missverständnis war, bestätigte ein zwei Tage später, am 20. Januar – am Vorabend der Ereignisse in Valmiera! – in derselben Zeitung erscheinender Artikel zur „Tagesordnung in Lettland“. Hierin hieß es, dass die Faschisten nun vom Wort zur Tat übergingen.¹²

Zu einem Zeitpunkt, als die innenpolitische Situation in Lettland ungeachtet gewisser Verschärfungen keine konkreten Anzeichen für die Vor-

¹¹ Gatavo pilsoņu karu [Ein Bürgerkrieg wird vorbereitet], in: Izšķiries!, 27. Januar 1927, S. 1f.

¹² Kārlis Ozols, der lettische Botschafter in Moskau, benachrichtigte das Rigauer Außenministerium in einem verschlüsselten Telegramm: Der „Stab der Faschisten“ Lettlands befindet sich in einer der skandinavischen Vertretungen und werde finanziell vom Generalkonsul einer Großmacht in Riga unterstützt. LVVA 2570-5-5, Bl. 44.

bereitung eines rechten Umsturzes erkennen ließ, schienen beide Publikationen unerklärlich und unbegründet zu sein, sodass der Botschafter Lettlands in der UdSSR, Karlis Ozols, am folgenden Tag schriftlich das Kollegiumsmitglied des sowjetischen Volkskommissariats für Äußeres Boris Stomonjakov bat, sich an die Zeitung zu wenden und beide Artikel dementieren zu lassen.¹³ Aber bereits am Abend des 21. Januar erreichten die Nachrichten über die Ereignisse in Valmiera Moskau, und am 22. Januar veröffentlichten die „Izvestija“ gleichzeitig die Nachricht über den „Putsch“ und das vom lettischen Botschafter gezeichnete Dementi der Artikel vom Vortage. Hierdurch gerieten Lettland und dessen diplomatische Vertretung in einer der zentralen sowjetischen Zeitungen in eine offensichtlich peinliche Lage. In einem Schreiben an das sowjetische Außenministerium warf Ozols dessen Mitarbeitern vor, sich nicht korrekt verhalten zu haben.¹⁴ Dem lettischen Außenminister Fēlikss Cielēns gegenüber deutete Ozols die Vorgänge als Versuch, die lettische Botschaft zu kompromittieren.¹⁵

Vor dem Hintergrund der geschilderten Umstände wirkten die sowjetischen Informationen über die Ereignisse in Lettland im Januar 1927 fast wie eine Prophezeiung; doch darf die Erklärung hierfür nicht in den bewunderungswürdigen Fähigkeiten der sowjetischen Nachrichtengeneratur gesucht werden, sondern in den durchaus konkreten Versuchen der UdSSR, die Situation in Lettland zu beeinflussen. Schließlich wurden ausgerechnet am 20. Januar 1927 die sowjetisch-lettischen Verhandlungen über einen Nichtangriffs- und Garantiepakt wieder aufgenommen.¹⁶ Schon seit Anfang 1926 hatte Moskau versucht, entsprechende Pakte mit seinen westlichen Nachbarn zu schließen, und war im Falle Deutschlands (24. April) und Litauens (28. September) erfolgreich gewesen, während andere Staaten – darunter auch Lettland – bilateralen Verhandlungen auswichen. Noch unter den bürgerlichen Regierungen war es kaum vorstellbar gewesen, dass Lettland seine Position ändern würde, doch konnte Moskau aufgrund der linken Regierungsbildung in Riga auf einen Stimmungsumschwung hoffen. Aus diesem Grund bedeutete die Wiederaufnahme der Verhandlungen für die sowjetische Seite sehr

¹³ LVVA 1307-1-628, Bl. 70. In dieser Akte befinden sich geheime Berichte der Botschafter an den lettischen Ministerpräsidenten.

¹⁴ In dieser konkreten Situation schien es sowjetischerseits nicht korrekt gewesen zu sein, das Dementi gemeinsam mit der später erhaltenen Nachricht über die Ereignisse in Valmiera zu veröffentlichen. Trotzdem blieb es formal gesehen schwierig, einen Einwand zu formulieren. Daher wies Ozols in seinem Protest nur darauf hin, dass das Dementi zusammen mit seiner Unterschrift publiziert worden sei, wodurch aus seiner vertraulichen Bitte an Stomonjakov eine offizielle Äußerung des diplomatischen Vertreters Lettlands geworden war.

¹⁵ LVVA 1307-1-628, Bl. 56.

¹⁶ Sarunas ar PSRS par neuzbrukšanas līgumu atjaunotas [Verhandlungen mit der UdSSR über den Nichtangriffspakt wurden wieder aufgenommen], in: Socialdemokrāts, 23. Januar 1927, S. 1.

viel, und es war klar, dass sie sich gut darauf vorbereiten würde. Im Kontext dieser Verhandlungen lag für die UdSSR der zwar nicht größte, aber doch deutlichste Vorteil, der aus den Vorgängen in Valmiera zu ziehen war, wohl darin, dem eigenen Land erneut „das wahre Gesicht des bürgerlichen Lettlands“ vorführen zu können. Hierdurch war es möglich, sowohl die Öffentlichkeit auf einen eventuellen Misserfolg der Verhandlungen, z. B. ihre Unterbrechung,¹⁷ vorzubereiten als auch Druck auf die – nach Meinung vieler lettischer Politiker ohnehin recht nachgiebigen – Vertreter Rigas bei diesen Verhandlungen auszuüben. Darüber hinaus waren die Ähnlichkeiten der innenpolitischen Entwicklung Lettlands im Vergleich zu den Ereignissen in Litauen vor weniger als einem Jahr Moskau wohl kaum verborgen geblieben. War doch auch in Litauen zunächst eine linke Regierung an die Macht gekommen, woraufhin am 28. September ein Nichtangriffs- und Neutralitätspakt mit der UdSSR unterzeichnet wurde und am 16. Dezember der rechte Umsturz erfolgte. Eine linke Regierung war in Riga bereits an der Macht und auf der Tagesordnung stand die Unterzeichnung eines ähnlichen Vertrags mit Moskau. Daher war nicht auszuschließen, dass das dritte Glied der litauischen Ereigniskette auch in Lettland möglich sei.

Somit besaß die UdSSR nun mehrere konkrete Vorteile aus dem eigenartigen „Putsch“ in Valmiera. Zum einen hatte sie die Möglichkeit, mithilfe der Politik der linken lettischen Regierung die Führung der lettischen Armee zu „säubern“ – der vom Posten des Vorsitzenden des Armeestabs entlassen General Aire war einer der in den „Izvestija“ genannten „faschistischen“ Anführer und die rechte lettische Presse hatte darauf mit bitterer Ironie in einem Artikel unter der Überschrift „Moskau ruft – Riga antwortet“ reagiert.¹⁸ Wohl noch wesentlich wichtiger war für Moskau die Möglichkeit, mit der Stimme der linken lettischen Sozialdemokraten eine Kampagne der „Verteidiger der Demokratie“ gegen einen eventuellen rechten Umsturz zu organisieren. Die östliche Großmacht besaß also genügend Gründe, an einem kurzen, aber lautstarken

¹⁷ Die Haltung der sowjetischen Seite zu den Verhandlungen mit Lettland über den Nichtangriffs- und Garantiepakt bewertete Botschafter Ozols sehr skeptisch. Schon im Bericht an Außenminister Cielēns vom 12. Januar 1927 berief er sich auf ihm zugängliche Informationen sowie weitere Nachrichten und äußerte seine Zweifel, „ob die Russen im Ernst einen Vertrag mit uns schließen wollen“. Seiner Meinung nach war das wirkliche Ziel Moskaus der Beginn solcher Verhandlungen mit Polen – Verhandlungen mit den baltischen Staaten seien nur ein Impuls für Polen, denn sollte Polen bereit sein, entsprechende Verhandlungen aufzunehmen, würde die UdSSR die Verhandlungen mit Lettland sofort abbrechen. LVVA 1307-1-628, Bl. 65. Denselben Gedanken wiederholte Ozols auch in seinem Bericht vom 26. Januar (bereits nach Wiederaufnahme der Verhandlungen). Er meinte, dass Moskau mit der Information über die Ereignisse in Valmiera in der Presse „schon frühzeitig die so genannte öffentliche Meinung“ für den Fall eines eventuellen Misserfolgs der Verhandlungen vorbereite. Ebenda, Bl. 57.

¹⁸ Izšķiries! [Entscheide Dich!], 27. Januar 1927, S. 1.

Umsturzversuch in Lettland interessiert zu sein. Und zumindest dieser Absicht entsprachen die Ereignisse in Valmiera auf ganzer Linie.

Auch für diese, von rechten Kreisen in Lettland in Umlauf gebrachte Provokationstheorie fehlt jegliche Bestätigung. Dennoch erlauben die oben geschilderten Umstände die Vermutung, dass hinter den Ereignissen in Valmiera mehr als nur innenpolitische Implikationen und Interessen standen bzw. zu suchen waren. Allerdings mag man nur ungern ausschließen, dass der Verstand von Oliņš, dem Anführer dieses aus Moskauer Sicht zeitlich so günstig gelegenen Putschversuches, wenn schon nicht von den Moskauer „Nachrichten“, so doch zumindest vom Moskauer Wodka dirigiert worden sein könnte.

III

Im Vergleich mit anderen politischen Ereignissen in der Zwischenkriegszeit war der „Putsch von Valmiera“ vielleicht interessant, aber er war insgesamt doch nur von lokaler Bedeutung. Blickt man jedoch aus einer breiteren historischen Perspektive zurück, bekommt diese Episode dennoch einen generelleren Sinn, schon weil es in mehreren europäischen Staaten ähnliche Szenarien gab. Besonders aussagekräftig sind in diesem Zusammenhang die Beispiele aus zwei Staaten: Der „faschistische Putsch“ in der Tschechoslowakei 1933 und die aufgedeckten Umsturzpläne in Estland aus dem Jahre 1935. Beide Ereignisse wurden in Lettland aufmerksam verfolgt, und die lettischen Botschafter in Prag und Tallinn nahmen in ihren Berichten an das Außenministerium in Riga ausführlich auf die Umstände und Hintergründe Bezug.

Besonders enge Parallelen zu den Ereignissen in Valmiera wies der „faschistische Putsch“ in der Tschechoslowakei in Januar 1933 auf.¹⁹ In der Nacht zum 21. Januar – der Zusammenfall des Datums ist sicherlich Zufall – wurden Militärkasernen in Brünn angegriffen. Ein Gerichtsprozess gegen die 60 Putschisten konnte später klären, dass dieser Angriff vom lokalen Leiter der tschechischen Nationalen Faschistenvereinigung (*Narodni obec fašisticka* – NOF) Ladislav Kobzinek organisiert und angeführt worden war, der allen wankelmütigen Teilnehmern des Umsturzversuchs sogar mit dem Tod gedroht hatte. Die Mehrheit der Putschisten war mit den Hintergründen nicht einmal vertraut, sondern folgte ihrem Anführer entweder aus blindem Vertrauen oder aus reiner Abenteuerlust. Den Schwerpunkt der Gerichtsverhandlung bildete aber die Vernehmung des Anführers der tschechischen Faschisten, General

¹⁹ Eine ausführliche Übersicht über den Putsch in Brünn und über die anschließende Gerichtsverhandlung geben die Berichte des lettischen Botschafters Kārlis Ducmanis. Er informierte Riga sowohl aufgrund offizieller Quellen als auch anhand der öffentlichen Meinung sowie seiner eigenen Beobachtungen über die Ereignisse. LVVA 3235-1/22-701, Bl. 101-105.

Radola Gajda, den Kobzinek unbedingt mit dem Putsch in Verbindung bringen wollte, obgleich der General tatsächlich keinerlei Beziehung zu den Ereignissen hatte. Gajda hatte bereits vor den Ereignissen in Brünn von ihrer Vorbereitung erfahren und alle potentiellen Teilnehmer energisch dazu aufgefordert, sich von Kobzinek zu distanzieren. Vor Gericht nannte er die Handlungen von Kobzinek eine offensichtliche Provokation und beschuldigte den Leiter der Presse- und Informationsabteilung des Außenministeriums, den Putsch inspiriert zu haben – was das Außenministerium unverzüglich kategorisch dementierte. Der Putsch von Brünn blieb für viele sehr merkwürdig und letzten Endes trotz des Gerichtsprozesses ungeklärt. In der tschechischen Öffentlichkeit gab es Gerüchte, Gerichtsprozess und Putsch seien inszeniert worden, um die Faschisten und ihren Anführer Gajda in den Augen des Volks lächerlich zu machen und um auf diese Weise den Staat künftig vor Schwierigkeiten im Zusammenhang mit den Faschisten zu schützen.

Zwei Jahre später wiederholte sich ein ähnliches Szenario in Estland, wo im Dezember 1935 Mitglieder des Freiheitskämpferbundes bei der Vorbereitung eines Umsturzes verhaftet wurden.²⁰ Der Anführer der Putschisten wurde am Vorabend des geplanten Umsturzes in Haft genommen. Später standen 170 Personen vor Gericht. Während der Verhaftung wurde ein Umsturzplan gefunden, demzufolge am 8. Dezember der Konzertsaal „Estonia“ während eines Kongresses des Vaterlandbundes (*Isamaaliit*) besetzt und dabei die gesamte Staatsführung verhaftet werden sollte. Auch die Liste einer „neuen Regierung“ wurde gefunden. Aber schon bald wurden offensichtliche Widersprüche in Zusammenhang mit den Putschvorbereitungen bekannt. Schon der Plan selbst erschien recht merkwürdig, da er präzise den zeitlichen Ablauf schilderte. Noch merkwürdiger war das Waffenarsenal des Umsturzes – drei Revolver und zwei Pistolen, die später durch 77 gefundene Granaten vervollständigt wurden. Auch die Gerüchte, die Putschisten hätten darauf gehofft, bei den Garnisonstruppen in Tallinn Unterstützung zu finden, erwies sich als zweifelhaft, da unter den zunächst Verhafteten nur fünf Offiziere waren. Außerdem hatte die politische Polizei, die am 8. Dezember zunächst „überrascht“ schien, schon vorher offen erklärt, dass sich ihre Agenten bereits seit Monaten unter den aufrührerischen Freiheitskämpfern befänden. Diese Zweifel verlangten nach einer glaubwürdigen Erklärung. Eine der möglichen Versionen stand in Zusammenhang mit dem hohem Alter und dem schlechten Gesundheitszustand des estnischen Staatsoberhauptes Konstantin Päts. Sollte er plötzlich sein Amt nicht mehr aus-

²⁰ Der Vorläufer des „Estnischen Bunds der Freiheitskämpfer“ (*Eesti Vabadusõjalaste Liit*) existierte seit 1926, er wurde nach dem Staatsstreich in Estland im März 1934 verboten. Nach den Ereignissen vom Dezember 1935 widmeten die lettischen Organe der Bewegung der *Vapsid* in Estland verstärkte Aufmerksamkeit, wie aus den Unterlagen einer besonderen Akte der Politischen Verwaltung Lettlands (Geheimpolizei) hervorgeht. LVVA 3235-1/22-743: „VABS-Bewegung in Estland“.

üben können, konnte Unvorhersehbares geschehen. Deshalb mochte es für die herrschenden Kreise von Vorteil sein, die Regimegegner zu kompromittieren und dem Volk zu demonstrieren, wie stabil die Macht war. Allerdings blieb dies nur eine Vermutung, oder, wie der lettische Botschafter Edgars Krieviņš in seinem Bericht über die Ereignisse an den lettischen Präsidenten Kārlis Ulmanis schrieb: „Die inneren Zusammenhänge, die Sie in dieser Sache suchen, werden Sie nie im vollen Umfang finden“.²¹

IV

Obwohl jeder dieser drei Putschversuche seine Eigenheiten aufwies, kann man zwei wichtige Übereinstimmungen finden. Erstens stößt man sowohl bei den Ereignissen von Valmiera als auch beim Umsturzversuch in Brünn und in den Plänen der estnischen Freiheitskämpfer auf offensichtliche Merkwürdigkeiten, die so auffallend waren, dass sofort Zweifel an den wirklichen Motiven und Inhalten aufkamen. Dabei ging es nicht nur um die theatralischen Begleitumstände oder die Ressourcen der Umsturzversuche, sondern ganz allgemein um den Ablauf und die näheren Umstände. Vor dem Hintergrund dieser auffälligen Merkwürdigkeiten scheint das offensichtliche und halsstarrige Bestreben der jeweils herrschenden Kreise, die Ereignisse als einen ernsthaften Putsch darzustellen, nicht der Rede wert. Und das ist das zweite übereinstimmende Merkmal dieser merkwürdigen Putsche: In allen Fällen war die Reaktion der Mächtigen überzogen und unverhältnismäßig im Vergleich zur tatsächlichen Relevanz des Geschehenen, zugleich wurde aber jeweils auch ein bestimmtes politisches Ziel deutlich. Zwar könnte man jede dieser Übereinstimmungen für sich genommen noch als zufällige Koinzidenz bezeichnen, doch verleiht ihr Zusammentreffen den Ereignissen einen eindeutig inspirierten Charakter: Der scheinbare Auftritt rechter Kräfte wurde dafür genutzt, völlig andere politische Ziele zu erreichen, die den Interessen anderer politischer Kräfte dienten. Der Umstand, dass sich diese merkwürdig anmutenden Putschversuche rechter Kräfte in mehreren europäischen Staaten im Abstand einiger Jahre wiederholten, deutet darauf hin, dass sie bereits Methode geworden waren und zum Inventar politischer Prozesse in Europa gehörten.

²¹ Ebenda, Bl. 153.

SUMMARY

*The Coup d'état in Valmiera on 21
January 1927: the Local and General
Significance of these Events*

On 21 January 1927 Latvian society was shaken by news of a “fascist” *coup d'état* in Valmiera. All political circles immediately came out with sharp criticism. Different opinions were expressed about its initiators. What actually did happen in Valmiera? The events started in the buffet of the Traders' and Manufacturers' Association on the evening of the 20 January. Some men expressed their doubts about military discipline in the army and soldiers' readiness to obey their officers' orders. Afterwards Lieutenant Edgars Oliņš returned to his army unit and woke up his company. He armed the soldiers and led them to the city. Soldiers had occupied the railway station, the post and telephone office and some other city institutions when Oliņš was disarmed and arrested by his regimental commander and his troops returned to their billet. This *coup d'état* lasted only about half an hour and the citizens got to know about the events only from central newspapers.

If the military aspect of the *coup d'état* seemed to be simple to understand, its political aspect was more complicated. Here we basically have to consider two facts. Firstly, the first and the only left government had come to power in Latvia in December 1926, which aggravated the political situation at once. Secondly, after the military *coup d'état* that occurred in Lithuania on 17 December 1926 Latvian left-wing political forces were worried lest similar events should be repeated in Latvia. Therefore the government's reaction to the *coup d'état* was strict. At the same time different political forces held on to their different versions.

The first to emerge was the version of the left social-democrats. It considered the events in Valmiera as a serious fascist *coup d'état*. Based on several facts that proved the existence of a “fascist spirit” in the Latvian army, this version nevertheless ignored the very strange character of the events, for the “fascist” forces consisted of only 30-40 soldiers and the whole episode ended quickly. The second version was the conservative one. Conservative political forces considered this *coup d'état* as an incident that was organized and led by only one single mentally unbalanced adventurer. The third version came from the extreme political right. They considered the events in Valmiera as a provocation. Regarding the question of who actually profited from the *coup d'état*, the finger of blame can be pointed at the left political forces in Latvia, for they definitely derived the biggest “political profit” from the events in Valmiera. However, they were not the only ones. Significantly, the first warning about the possi-

bility of a fascist *coup d'état* in Latvia was published in the Soviet newspaper "Izvestiia" already on 18 January 1927. In fact this noisy, rapid and unsuccessful *coup d'état* gave Soviet diplomats the opportunity to exert pressure while Soviet-Latvian negotiations were being held about a neutrality treaty.

Given this political background, however, the Valmiera affair eventually proved to be an episode of only local significance. Yet it gains another meaning in the context of the similar experience several other European states were faced with during the interwar period. Particularly close parallels can be drawn with the fascist *coup d'état* that occurred in Brno/Czechoslovakia on 21 January 1933. Two years later a strikingly similar script might have been repeated in Estonia in December 1935 when the organizers of a potential *coup d'état* led by the Freedom Fighters organisation were arrested. These unsuccessful *coups d'état* showed some similarities not only in the course of odd events but also in the form of harsh government reaction that was definitively not caused by any real threat and had obvious political aims. The fact alone that this strange experience of right-wing *coups d'état* repeated itself in several European states indicates that it became a kind of tactical method of politics in the given period.